

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends
 Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M.
 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
 50 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile
 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey
 Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3
 Fernsprechanträge 2 28 41 und 2 28 42.

Im neuen Kampf für Freiheit und Sozialismus stimmen wir für die Liste 2!

Will die Reichsregierung offenen Kampf?

Ein neuer Vorstoß gegen die Gewerkschaften.

In allen Teilen Deutschlands, in allen Industrien lodern Streiks auf. Täglich werden neue spontan aus der Erbitterung der Arbeitermassen heraus entstandene Abwehraktionen gegen die neuen unerhörten Belastungen der Arbeiterschaft, gegen die neue unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse gemeldet. Das ist kein Wunder. Ein Wunder ist es vielmehr, daß die Arbeiterschaft bis jetzt jahrelang mit vorbildlicher Disziplin und mit manchmal fast unbegreiflicher Geduld die immer wiederholten Angriffe auf ihre elementarsten Rechte, die brutalen Zugriffe in ihren Brotkorb ertrug. Es scheint, als ob diese Geduld sich ihrem Ende nähert und die lang zurückgehaltene Erbitterung und die helle Verzweiflung über den fortgesetzten Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien sich nun doch einen Ausweg sucht in den überall aufflackernden Streiks und Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft in den Betrieben, in denen die Unternehmer als Belohnung für oft zweifelhaftes Neueinstellungen von Arbeitskräften brutal und rücksichtslos die ihnen versprochenen Lohnabzüge für die 31. bis 40. Stunde machen wollten.

Die allermeisten nur zu berechtigten und sehr verständlichen Abwehrbewegungen waren von gutem Erfolg gekrönt. Den Unternehmern scheint vielfach selbst nicht mehr ganz wohl zu sein, da sie nun sehen, wohin die Ankerbelastungsversuche der Regierung von Papen führen. Deshalb geben sie sich in sehr vielen Fällen mit der ja auch recht netten Einstellungsprämie zufrieden und verzichten auf die Lohnabzüge, die ihnen einmal soviel Unruhe ins Haus bringen und zum anderen, das sagen sich manche Unternehmer vielleicht auch, nur zu einer weiteren Schwächung der Kaufkraft der Arbeiterschaft und damit zu neuerlicher Schrumpfung des Warenabsatzes führen müssen, denn auch heute noch ist die Arbeiterschaft der Großkonsument auf dem deutschen Binnenmarkt.

Die Reichsregierung scheint aber keine Neigung zu haben, sich dem klugen Sichbescheiden vieler Unternehmer anzuschließen und eine Änderung ihrer Notverordnungsbestimmungen vorzunehmen. Wenigstens zeigt die neueste Ausführungsverordnung, die im „Reichsanzeiger“ vom 4. Oktober durch das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht wird, daß die Regierung viel mehr Luft zu haben scheint, noch weiter luftig in das Feuerchen zu blasen. Sie hat darin die von der Reichsregierung schon bisher ständig vertretene Auffassung hinsichtlich der Friedenspflicht der Gewerkschaften nochmals ausdrücklich klargestellt.

Nach der Verordnung gilt die Erfüllung des Arbeitsvertrages trotz der von dem Arbeitgeber wegen Belegschaftsvermehrung vorgenommenen Lohnermäßigung als dem Tarifvertrag entsprechend, so daß Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung als Verletzung des Tarifvertrages gelten.

Das ist ein unverhüllter Versuch, den Gewerkschaften jede Aktionsmöglichkeit zu nehmen. Jede Unterstützung der sich im Abwehrkampf gegen die ungerechtfertigten Lohnabzüge befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wird von der Regierung als eine Verletzung der Friedenspflicht angesehen, für die die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig gemacht werden können. Und nicht allein das! Die Gewerkschaften sollen sogar dann verantwortlich gemacht werden, wenn nur eines ihrer Mitglieder sich an solchen Streiks beteiligt.

Die freien Gewerkschaften werden sich durch solche unverhüllten und verhüllten Drohungen — munkelt man nicht auch von noch schärferen Maßnahmen gegen die Arbeiterorganisationen? — auch nicht im geringsten von ihrer Pflicht abhalten lassen, die Interessen ihrer Mitglieder und damit der gesamten Arbeiterschaft so zu vertreten, wie sie es für richtig halten. Sie kennen ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft. Ihre Stellung zu der Berechtigung der neuen Regierungsmaßnahmen haben sie, hat der ADGB, bekanntgegeben und erhalten sie aufrecht.

Durch diese neue Verordnung wird an der bisherigen Rechtslage nicht das mindeste geändert. Daß Durchführungsverordnungen des Reichsarbeitsministers sich im Rahmen der Gesetze und der ihm erteilten Ermächtigung bewegen müssen, hat ja bekanntlich auch das Reichsarbeitsgericht in der Entscheidung über die Ruhraussperrung zweifelsfrei ausgesprochen.

Die Regierung hat die Macht, sie darf sich aber nicht wundern, wenn die rücksichtslos einseitige Anwendung dieser Macht zur Gegenwehr der Arbeiterschaft führt, deren Leiden bis ins Unermessliche gesteigert sind und deren Lebenshaltung so unerträglich gedrückt wurde, daß dies Leben kein „Leben“ mehr ist.

Die Reichsregierung hat Wind gesät. Nun erkenn sie Sturm. Will sie die Verantwortung dafür tragen, daß der Sturm zu einem vernichtenden Orkan wird?

weiß, daß das Regierungsprogramm nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Reichsregierung die bereitwilligste Unterstützung und Mitarbeit der Privatwirtschaft findet. Die Privatwirtschaft hat durch ihre öffentliche Zustimmung zu dem Regierungsprogramm diesen Willen zur Mitarbeit ausdrücklich bekundet. Ein Mißerfolg des Regierungsprogramms wird daher in den Augen der Öffentlichkeit als Beweis dafür gewertet werden, daß die Privatwirtschaft zur Überwindung der Krise aus eigener Kraft nicht fähig ist, daß sie — abgewirtschaftet hat.

Wir verstehen die bedrückte Stimmung des Unternehmertums vollkommen. Aber der Appell, Sonder Vorteile hinter das Gesamtwohl zurücktreten zu lassen, wird seinen Zweck kaum erfüllen. Denn die gesamte privatkapitalistische Wirtschaftsordnung ist ja auf dem Streben nach Sonder Vorteilen und persönlichen Gewinnen aufgebaut. Und weil der Privatkapitalismus sich nicht in diesem entscheidendsten Punkte ändern kann, ohne sich selbst aufzugeben, darum wird auch nach dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung die Wirtschaft nicht in Gang gebracht werden, weil das Grundübel durch ihn nicht behoben, sondern weiter gefördert wird: Sonder Vorteil vor Gesamtwohl. Eine grundsätzliche Änderung des Wirtschaftsablaufes kann eben nur ein Systemwechsel bringen, eine dauernde Heilung des kranken Wirtschaftskörpers ist nur durch den Sozialismus möglich. Dieser kann aber nur dann in die Erscheinung treten, wenn seine Vorkämpfer, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, stark und unüberwindlich sind und ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß weit über das jetzige Maß ausdehnen können. Dazu ist am 6. November eine Gelegenheit. Sie muß von jedem Arbeiter, von jeder Arbeiterin ausgenutzt werden durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels!

Unternehmer fordern Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften.

Über die neuen Maßnahmen der Reichsregierung, mit denen sie die Durchführung der Notverordnung vom 5. September erzwingen will, ist noch geheimnisvolles Dunkel gebreitet. In manchen Tageszeitungen wird von einem generellen Streikverbot geschrieben — wenn auch nur für „wilde“ Streiks —, ferner von einer Änderung des § 90 des Gesetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der bekanntlich bestimmt, daß einem Arbeitslosen die Unterstützung nicht entzogen werden darf, wenn er die Vermittlung in einen Betrieb, in dem gestreikt wird, ablehnt. Durch die Änderung würde sozusagen der Streikbruch gesetzlich legalisiert werden. Aber vorläufig scheint „man“ dies alles nur in den Kreis der Erwägungen gezogen zu haben, wie es in der Amtssprache so schön heißt. Wahrscheinlich ist sich die Regierung selbst über das Wagnis klar, das für sie in solchen gesetzlichen Anordnungen liegen würde.

Wie dem auch sei, daß man in Regierungskreisen und vielleicht noch mehr bei den Unternehmern mit diktatorischen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften liebäugelt, die nun das glorreiche Werk der Wirtschaftsankerbelastung durch Einstellungsprämien und Lohnsenkungen sabotieren, das scheint doch festzustehen. Und wie sehr die Gewerkschaften im Kampfe um die Lebensinteressen der Arbeiterschaft schließlich allein stehen werden, zeigt sich jetzt wieder darin, daß sogar linksdemokratische Blätter es für mindestens „unangebracht“ halten, wenn Arbeiter sich mit dem Mittel der Arbeitsniederlegung gegen die unberechtigten Lohnabzüge zur Wehr setzen. Ganz unverblümt sagen es natürlich manche Unternehmer, daß sie ein Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften für notwendig halten. In der „Sächsischen Industrie“ Nr. 38/1932 spricht es Herr Wittke, ein Führer der sächsischen Industriellen, ganz offen aus, wonach den Scharfmachern a la Bueck unter den Unternehmern jetzt Herz und Sinn stehen. Mit herzquicker Offenheit schreibt er:

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also mit gekürzten Löhnen, arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“

Kapitalistische Ängste.

„Die Entscheidungsstunde des Unternehmertums ist gekommen.“

Die freien Gewerkschaften haben es schon oft gesagt, und ihre Behauptungen mit vielem Material erhärtet, daß wir uns an der Wende zu einer neuen Ordnung der wirtschaftlichen Dinge befinden. Eine ganz logische und ganz einfache Überlegung sagt es, daß eine Wirtschaftsordnung, die mehr als 30 Millionen Menschen ohne Arbeit und Verdienst und damit mehr als 100 Millionen Menschen ohne ausreichende Ernährung läßt, daß ein Wirtschaftssystem, das den arbeitenden und Werte schaffenden Schichten der Bevölkerung, das der Arbeiterschaft auch die allerbesten Erzeugnisse nicht mehr zu garantieren vermag, jede Daseinsberechtigung verwirkt hat. Es muß durch ein anderes System abgelöst werden, das den einzig wahren Zweck jeder Volkswirtschaft besser und beständiger erfüllt: die Deckung des Bedarfs jeder Art, möglichst reichhaltig, möglichst sicher und mit möglichst geringem Kraftaufwand. Ein System, das das kann, ist die sozialistische Wirtschaftsordnung, die die freien Gewerkschaften und die sozialistische Arbeiterschaft erstreben.

Bisher sind unsere Warnungen von unseren sozialen Gegenspielern, den Unternehmern, stets in den Wind ge-

schlagen, und unsere Feststellungen, daß das privatkapitalistische Wirtschaftssystem am Ende seiner Kräfte sei, mit Hohn gelächert quittiert worden. Jetzt hat aber auch der Reichskanzler von Papen angeordnet, daß die Entscheidungsstunde des Privatunternehmertums gekommen sei. Er hat gesagt, daß das freie Unternehmertum verloren sei, wenn es nicht gelinge, nach dem in den Notverordnungen der Reichsregierung festgelegten Plane die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Dann würden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die den Gesamtbereich der Wirtschaft einer staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Das scheint nun auf manche deutsche Unternehmer mehr Eindruck gemacht zu haben als die wiederholten Warnungen der Gewerkschaften.

Im Heft Nr. 39 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ wird im Leitartikel die Schicksalsverbundenheit des deutschen Unternehmertums mit dem Plan der Reichsregierung folgendermaßen unterstrichen:

„Die so oft schon berufene Entscheidungsstunde des deutschen Unternehmertums ist wirklich gekommen. Gelingt es der Reichsregierung nicht, ihr Programm zur rettenden Tat auszugestalten, dann wird die Schuld an solchem Mißerfolg nicht etwa allein der Reichsregierung, sondern vielmehr noch der Privatwirtschaft zur Last gelegt werden. Jedermann

Gegen wirtschaftliche und politische Reaktion, für Arbeiterrecht und Arbeiterschutz! Wählt sozialdemokratisch!

Diese Denkungsart ist nicht neu bei den Industriellen. Wir kennen sie bereits. Aber es ist doch gut, wenn ab und zu mit etwas mehr Deutlichkeit gesagt wird, worauf es die wirtschaftliche und politische Reaktion abgesehen hat. Und es muß auch von uns der Arbeiterschaft immer wieder gesagt werden, worum es schließlich bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen geht: um nicht mehr und nicht weniger, als um die vollkommene Rechtsmachung des Arbeiters, der wieder in die Stellung zurückgedrängt werden soll, die er vor 100 Jahren dem Unternehmer gegenüber innehatte. Denn das bedeutet es, wenn hier so ganz offen die Vernichtung der Gewerkschaften gefordert wird.

Das weiß aber auch die deutsche Arbeiterschaft, und deshalb wird sie ihren Organisationen erst recht die Treue halten und sie erst recht ausbauen. Es wird keiner Reaktion, sie mag so brutal auftreten wie sie will, gelingen, die Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern. Herr von Papen bezeichnete sich neulich als Nachfolger Bismarcks. Dann müßte er doch wissen, daß auch Bismarck mit seinem Sozialistengesetz elend Schiffbruch erlitt. Wie die deutsche Arbeiterschaft über die Pläne der wirtschaftlichen und politischen Reaktion denkt und wie sie dagegen kämpft, wird sich am 6. November in einer Hochflut sozialdemokratischer Stimmzettel zeigen.

nach Deutschland mit einer Weisensperre gegen Deutschland beantwortet, so daß die deutsche Ausfuhr nach Italien fast gänzlich unterbunden wird. Die skandinavischen Länder beantworten die drohende Beschränkung ihrer Ausfuhr nach Deutschland (Butterzoll) damit, daß sie ihre Märkte mehr denn je englischen Waren öffnen, also auch hier eine starke Zurückdrängung der deutschen Einfuhr. Wahrhaftig, die innen- und außenpolitischen Erfolge der Papen-Regierung können sich sehen lassen. Die Befürworter der neuen Handelspolitik mit den vielen Geschenken an die notleidenden Agrarier scheinen vergessen zu haben, daß Deutschland ein hoch-industrialisiertes Land ist und infolgedessen auch ein sehr großer Teil des deutschen Volkes von der Ausfuhr industrieller Erzeugnisse lebt. Aber darauf nehmen die Männer der grundsätzlich neuen Staatsführung keine Rücksicht. So hat schließlich von all dem die deutsche Arbeiterschaft den meisten Schaden. Grund genug, am 6. November dafür mit einem sozialdemokratischen Stimmzettel zu quittieren.

Gewerkschaften und Krisenüberwindung

„Die Gewerkschaften sind in der Volkswirtschaft unentbehrlich.“

Dieser Satz stammt nicht von irgendeinem Gewerkschaftler, sondern von dem derzeitigen Reichsarbeitsminister. Dieser hielt auf dem 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine Begrüßungsansprache, wobei er sich über die Bedeutung der Gewerkschaften folgendermaßen äußerte:

„Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Standes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abbrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute muß auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer größten Wert legen.“

Diese Worte des Reichsarbeitsministers einer reaktionären Regierung könnte man beinahe wörtlich unterschreiben. Wir wissen aber, daß dieses Eingeständnis nicht dem Willen der gesamten Regierung entspricht und einer Augenblicksstimmung mit Rücksicht auf den Gastgeber entsprossen ist. Wie dem auch sei, es ist eine Binsenwahrheit, daß keine Regierung die Gewerkschaften zu übergehen vermag. Diese sind in der Tat unentbehrliche Bestandteile einer hochentwickelten Volkswirtschaft. In einer Zeit, in der die Organisierung aller Lebensverhältnisse weit fortgeschritten ist, wären die Hand- und Kopsarbeiter ohne einen solchen Schutz willenslose Werkzeuge in den Händen anderer.

Nach menschlichem Ermessen muß die Krise in nicht allzuferner Zeit ihr Ende erreichen. Wenn der seelische Druck einer ständigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse erst einmal von der Arbeiterschaft genommen ist, dann wird sie erkennen, was sie in der Krisenzeit verloren hat. Mit unbegrenzter Energie wird versucht werden müssen, der Arbeiterschaft die Ellbogenfreiheit wieder zurückzugewinnen, die sie in der Zeit des organisatorischen Hochstandes gewonnen hatte. Aber auch die Volkswirtschaft selbst wird nicht wieder aufblühen, wenn die Gewerkschaften nicht stark werden. Ganz richtig hat der Leiter des italienischen Großbetriebes Fiat in Turin in seinen „Gedanken zur Krise“ folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Heraushebung der Löhne muß die Lösung lauten. Die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit als Heilmittel gegen die bedrückende Arbeitslosigkeit wurde bereits vom Vorsitzenden des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, unterstrichen. Auch in Genf wurde bekanntlich auf Antrag der Arbeitnehmer eine Einführung zugunsten der 40-Stunden-Woche angenommen. Dies alles aber genügt nicht, wenn man

nicht will, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nichts weiter bedeutet, als ein einfaches Linderungsmittel. Will man der Arbeitslosigkeit energisch entgegenstreiten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis auf die Wurzel des Übels vordringen. Zu diesem Zweck muß man, wie ich nur wiederholen kann, die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne entsprechend herausheben.“

Das sind einfache Überlegungen eines Industriellen, der mit offenem Blick die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten erkennt. Aber wir wissen, daß solche Meinungen bei den Unternehmern nur wenig verbreitet sind. Die meisten betrachten Löhne als Unkosten des Betriebes und nicht als die notwendigen Substanzmittel zur Erhaltung und Wiedererneuerung des gesamten Volkslebens und als notwendige Auffangvorrichtung für die in Massen erzeugten Industrieprodukte. Diese furchtbare Krise hat die Welt in ein Trümmerfeld verwandelt. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfen, bis Gedanken wie die vorstehenden wieder Geltung bekommen. In einer Zeit, in der die Produktionskraft der Volkswirtschaften aller Länder bis ins höchste gesteigert wurde, kann die Wirtschaft eines Landes nicht nach den Grundsätzen des verflorenen Jahrhunderts wieder aufgebaut werden. Da aber jene Grundsätze in den Köpfen der leitenden Personen auch heute noch lebendig sind, werden die Gewerkschaften die Pioniere sein müssen, die einer nach sozialen Gesichtspunkten orientierten Volkswirtschaft Geltung verschaffen. Dies wird ohne Reibungen und große Kämpfe nicht abgehen. Die Organisationskraft der Arbeiter und Angestellten allein wird nicht ausreichen, um rückwärtliche Tendenzen zu bekämpfen. Die politische Macht muß hinzukommen, um den Lebenspielraum der breiten Masse, der durch die Krise so ungeheuer eingeschränkt wurde, wieder zu erweitern.

Die politische Macht der Arbeiterschaft zu stärken, bietet die Reichstagswahl am 6. November wieder Gelegenheit. Die Arbeiterschaft muß sich nicht nur einer Reaktion schlimmster Art erwehren, sondern auch sogenannte Volksbewegungen bekämpfen, die sich mit sozialen Phrasen umgeben, in Wirklichkeit aber Schildhalter des alten Systems sind. Wenn sogar ein Minister eines reaktionären Kabinetts gelegentlich zugeben muß, daß die Gewerkschaften in der modernen Volkswirtschaft nicht zu entbehren sind, so muß die arbeitende Klasse selbst alles tun, um dieses platonische Geständnis in vollem Umfange durch Tatsachen zu bekräftigen. Dies geschieht, indem man die Gewerkschaften so stärkt, daß sie ihre Mission als Schutz und Trutz der Klasseninteressen des Proletariats restlos erfüllen können.

Wie Preußen an Hitler ausgeliefert werden sollte.

Nachdem die Harzburger Einheitsfront zwischen Stahlhelm und SA, zwischen Hitler und Hugenberg wieder unter allerlei lieblichen Nebenbeteuerungen auseinandergefallen ist, erfährt man viele interessante Einzelheiten aus den politischen Kuhhandelereien in der Mitte des Monats August. Nun sieht sich ja keiner der ehemaligen Kampfgenossen gegen das marxistische System mehr an das Geschäftsgeheimnis gebunden, und darum glaubt jeder seinem Herzen nach seiner Weise Luft machen zu können. So erzählen die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ über die Verhandlungen der Reichsregierung mit Hitler am 13. August:

„Man bot Herrn Hitler an, als Vizekanzler in das Reichskabinett einzutreten und gleichzeitig als preussischer Ministerpräsident die Bildung der preussischen Staatsregierung in die Hand zu nehmen. Außerdem sollten noch weitere Nationalsozialisten in die Reichsregierung berufen werden, die nach dem Aufbau der NSDAP von Hitler bestimmt worden wären. Obendrein wäre es Hitler möglich gewesen, als preussischer Ministerpräsident nationalsozialistische Staatsminister zu berufen. Nach Hitler diesen Vorschlag an, so war er als Führer der NSDAP der unbedingte Vorgesetzte von nahezu 400 Reichstags- und Landtagsabgeordneten. Er war der einzige Verfügungsberechtigte über eine große uniformierte Parteiarmee. Ministerpräsident des größten deutschen Landes, höchster Vorgesetzter des größten Verwaltungs- und Justizapparates sowie einer Polizeiarmee von 150 000 Mann. Überdies wäre Hitler im Reichskabinett das einzige Mitglied mit parlamentarischer Befugnis, Minister mit einem durch das Vorhandensein weiterer nationalsozialistischer Minister gesteigerten Stimmrecht und obendrein noch Inhaber der ausschlaggebenden Position im Reichsrat gewesen.“

Mit anderen Worten: Preußen wäre den Nazis vollkommen ausgeliefert gewesen, wenn Hitler in unbegreiflicher Verblendung und in krankhafter Selbstüberhebung nicht noch mehr verlangt hätte.

Hitler forderte drei „Nächte der langen Messer“.

Der „Stahlhelm“, das Organ des Stahlhelmbundes, plaudert ebenfalls etwas sehr Interessantes aus den Verhandlungen um die Regierungsbildung Mitte August aus. Er berichtet wörtlich:

„Herr Hitler hat in den Verhandlungen, die Mitte August mit den Beauftragten des Reichspräsidenten stattgefunden haben, nicht nur den Reichskanzlerposten für sich verlangt, sondern darüber hinaus, sozusagen als Vorleistung, gefordert, daß ihm vor der Amtsübernahme drei Tage lang die Straße (unter Zurückziehung der staatlichen Machtmittel) für seine SA freigegeben würde. Die „Eroberung der Macht“, zu der er sich nicht fähig fühlte, sollte also wenigstens unter freundschaftlicher Hilfsstellung des Reichspräsidenten markiert werden. Angesichts dieser Tatsache, die, wie wir ausdrücklich feststellen möchten, durch kein Dementi aus der Welt zu schaffen ist, nimmt sich der vom „Angriff“ für die Nationalsozialisten in Anspruch genommene Wahlspruch: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“ einigermaßen seltsam aus. Uns scheint, es hätten einige andere sterben müssen, wenn Herr Hitler Deutschland hätte regieren dürfen.“

Die Leitung des „Stahlhelms“ hat sicher gute Beziehungen zur Reichsregierung, und so wird man ohne weiteres annehmen dürfen, daß solche ungeheuerlichen Forderungen von den Nationalsozialisten tatsächlich gestellt wurden, d. h. nicht mehr und nicht weniger, als daß die SA unter Duldung der Reichsregierung eine drei Tage lang währende Blutherrschaft hätte ausüben können. Dem Wesen der NSDAP entsprechen solche geradezu unmenschlichen Forderungen durchaus.

Aber hätte die Reichsregierung nicht die Pflicht, das deutsche Volk auf diese furchtbaren Gefahren hinzuweisen? War es nicht weiter ihre Pflicht, den Mann, der solche Ansprüche auf das deutsche Volk vorbereitet, sofort verhaften zu lassen?

Ein Rückzug. Gewerkschaftserfolge in Weisensfeld.

In der Nr. 41 des „Proletariats“ berichteten wir über die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichtes Weisensfeld, in der die Gewerkschaften aufgefordert wurden, den Streik in der Weisensfelder Schuhindustrie abzubrechen, den Streikenden keinerlei Unterstützung zu gewähren, alle öffentlichen Kundgebungen zu unterlassen und mit allen Mitteln ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit anzuhalten. Damit war der Tarifbruch der Weisensfelder Schuhfabrikanten gerichtlich sanktioniert, und im Unternehmerlager herrschte viel Freude über das Verständnis, das Staat und Behörden ihren von nationalistischen und uneigennützigsten Gefühlen diktierten Plänen entgegenbrachten.

Aber in diesen Becher voll überschäumender Freude fiel ein bitterer Tropfen. Auf den Einspruch der Gewerkschaften hin mußte das Arbeitsgericht die einstweilige Verfügung, in der den Gewerkschaften die Führung des Streiks untersagt wurde, aufheben. Das Arbeitsgericht kam zu dieser Entscheidung, weil dem Zweigverein Weisensfeld im Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie die Aktivlegitimation zur Geltendmachung des Tarifvertragsanspruchs aus eigenem Recht fehle.

„Unsichtbare“ Arbeitslose.

Seit kurzem gibt es in Deutschland eine sichtbare und eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Von der unsichtbaren Arbeitslosigkeit erfährt die Öffentlichkeit nicht viel. Der brave Bürger liest nur die Zahlen, die die amtliche Statistik der Arbeitsämter über die Arbeitslosigkeit bringt. Und wenn er da in den letzten Monaten ein leichtes Sinken der Zahlen der Arbeitslosen feststellt, dann ist er zufrieden: „Gott sei Dank, der bekannte Silberstreifen!“ Von den „unsichtbaren“ Arbeitslosen erfährt er nichts.

Das kommt daher, daß die Statistik der Arbeitsämter seit Mitte des Jahres 1932 recht lückenhaft geworden ist und daß von ihr eine ungeheure Zahl von Arbeitslosen nicht mehr erfasst wird, weil diese durch die verschärfte Bedürftigkeitsprüfung vom Unterstützungszug ausgeschlossen sind und darum den doch vergeblichen Weg zur Stempelstelle nicht mehr machen.

In einem seiner neuesten Wochenberichte hat das Institut für Konjunkturforschung nun versucht, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen festzustellen. Es kommt zu ganz ungeheuerlichen Ergebnissen. Demnach waren arbeitslos:

	in Vierteljahrsdurchschnitt		
	1930	1931	
	in Millionen		
1. Vierteljahr	3,63	5,83	7,86
2. Vierteljahr	2,90	4,84	7,23
3. Vierteljahr	3,22	5,25	7,16
4. Vierteljahr	4,41	6,62	

Nach der amtlichen Zählung waren es Ende Juli 1932 nur 5,3 Millionen Arbeitslose, so daß die amtlich mitgeteilte Zahl um etwa 2 Millionen unter der wirklichen Arbeitslosigkeit bleibt. Zwei Millionen Arbeitslose, von denen die deutsche Öffentlichkeit „amtlich“ nichts wußte! 6 bis 7 Millionen Menschen in Deutschland, die stillschweigend, ohne viel Aufhebens, ohne daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet wird, hungern und zum Teil langsam verhungern. Das nennt man einen Wohlfahrtsstaat, das ist das „menschenwürdige“ deutsche Volk. Dabei bekamen nach der letzten Zählung von fast 7 1/2 Millionen Arbeitslosen nur noch etwa 700 000 Personen von der Versicherung Arbeitslosenunterstützung, also nur der zehnte Teil. Weitere 1,3 Millionen wurden aus der Krise und ungefähr 2 1/2 Millionen aus der Wohlfahrt unterdrückt. Wer die Unterstützungslage kennt, der weiß, welche furchtbare Not,

welches unsägliches Elend sich hinter diesen Zahlen verbirgt. Es wird erst im sozialistischen Wohlfahrtsstaat ganz überwunden werden.

Noch keine Armee war für den Bestand der Staaten so gefährlich wie die Riesenheere der Arbeitslosen. In dieser ungeheuren Zahl der deutschen Arbeitslosen werden auch die von reichlichen Prämien bedachten Einstellungen nicht viel, soviel wie nichts, ändern. Wer für Arbeitsbeschaffung in großzügiger Weise ist, wer den Willen hat, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Not und Elend bei den Millionen zur Untätigkeit Verurteilten, bei den Millionen Opfern dieses Wirtschaftssystems zu lindern, muß am 6. November sozialdemokratisch wählen!

Anheulvolle Handelspolitik der Papen-Regierung.

Antarctie auf Kosten der Arbeiterschaft.

Zur politischen Isolierung Deutschlands gefiel sich eine immer mehr in die Erscheinung tretende wirtschaftliche. Das ist ein weiterer glänzender Erfolg der bewußt neuen Staatsführung, die den dünnen Volksschichten, auf die sie sich stützt, ein Geschenk nach dem anderen machen muß, ganz gleich, sei es in Form von Subventionen, Steuer- und Zinsersatz, Zöllen oder Einfuhrkontingenten. Die Folge ist außer einer weiteren Belastung der großen Massen des deutschen Volkes ein mehr oder minder deutlicher Vorkost durch die anderen Staaten. Die fremden Länder müssen die unbekümmerte Handelspolitik der deutschen Reichsregierung dazu aus, auch die wenigen ausländischen Märkte, die deutschen Waren noch zugänglich waren, noch zu erobern. Das bleibt natürlich nicht ohne Rückwirkung auf den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie und auf die von der Reichsregierung mit Entlohnungsprämien und Lohnsenkungen bekämpfte Arbeitslosigkeit. Die Regierung Papen scheint auf handelspolitischen Gebiet zu denken, wie manche großsprecherisch-chamäleonische Kreise Deutschlands im August 1914: „Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen!“

So haben Deutschlands handelspolitische Unterhändler in den Verhandlungen mit Holland eine böse Niederlage erlitten, so daß es kaum zu ernsthaften Besprechungen kam, weil Holland Deutschlands Vorschläge als glatte Weg und Zankhahn bezeichnete. Italien hat die Kontingenterzeugung seiner Ausfuhr

Aber nicht nur dies! Die Gewerkschaften hatten noch einen weiteren Erfolg. Die Schuhindustriellen bequamen sich zu einer Vereinbarung mit den zuständigen Gewerkschaften, nach der der Arbeitskampf beendet und die Lohnabzüge zurückgezahlt werden, die bereits auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 gemacht wurden.

Das ist ein glänzender Erfolg der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterschaft der Weissenfelder Schuhindustrie und ein Beweis dafür, daß solidarisches Zusammenhalten der Arbeiterschaft unter der Führung der Gewerkschaften auch in der schwersten Krise die Unternehmerrangriffe zurückweisen kann.

Chemische Industrie

Die Lage der Kunstseideindustrie.

Es dürfte in der Gegenwart kaum einen Industriezweig geben, der eine solche widerprüchvolle Beurteilung erfährt wie die Kunstseideindustrie. Auf dem Gebiete der Kunstseideindustrie besteht ein solcher Widerspruch von Gegenfaktlichkeiten, der selbst für den Eingeweihten nicht immer durchsichtig ist.

Nach einem Bericht des „Manchester Guardian“, einer Zeitung, die immer gut über wirtschaftliche Dinge unterrichtet ist, ist bereits das erste Halbjahr 1932 für die Kunstseideindustrie ein starker Aufschwung gewesen. Die Kunstseideerzeugung der Welt nahm von 95,7 Millionen Kilogramm für Januar/Juni 1932 auf 103,4 Millionen Kilogramm für das erste Halbjahr 1932 zu.

Welt-Kunstseide-Erzeugung in Millionen Kilogramm:

	1. Halbjahr 1932	2. Halbjahr 1931
USA	24,10	27,80
Italien	17,60	14,20
Großbritannien	17,30	10,90
Japan	13,30	9,70
Deutschland	10,80	12,20
Frankreich	7,80	8,30
Holland	3,50	4,30
Schweiz	2,30	1,90
Belgien	2,00	2,10
Sonstige Länder	4,90	4,30
Welt-Erzeugung	103,40	95,70

An Hand dieser Vergleichszahlen ist leider festzustellen, daß Deutschland in der Reihenfolge der Produktionsländer den seither innegehabten Platz an Japan abtreten mußte.

Japan hat aus demselben Grunde wie England durch Kursverlust seiner Währung erfolgreiche Konkurrenz betreiben können. Die italienische Kunstseideindustrie, die versucht hat, durch weisere Preisfenkungen die Konkurrenz der Japaner im Osten aufzuhalten, hat ihr Ziel nicht erreicht.

Die Erklärung für eine so starke Einfuhr liegt darin, daß die Kunstseidepreise in Deutschland zur Zeit die höchsten der Welt sind und ganz erheblich über den Notierungen des Auslandes liegen. Das ist geradezu ein Ansporn für ausländische Erzeuger, die Einfuhr nach Deutschland mit allen Mitteln zu betreiben.

Unilin Roman von Fritz Molinar

41. Fortsetzung. Und sie waren teilweise noch gar nicht so alt, die armen, bedauernswerten Invaliden der Fabrik. Die meisten waren kaum sechzig Jahre, viele noch ziemlich darunter. Alle sahen jedoch aus wie Leute von achtzig Jahren. Die Fabrik hatte ihnen zehn bis fünfzehn Jahre ihres Lebens geraubt, sorgfältig in Aktien und Wertpapieren angelegt.

deshalb nicht verwunderlich, daß Frankreich seine Einfuhr nach Deutschland seit dem Jahre 1929 um das Sechsfache steigern konnte. Im ersten Quartal 1932 betrug die französische Einfuhr nach Deutschland allein 410 000 Kilogramm. Noch schlimmer ist es beim Vergleich der italienischen Kunstseidepreise.

Im allgemeinen kann man bei der Betrachtung der Weltwirtschaftslage der Kunstseideindustrie sagen, daß die Entwicklung dieser Industrie steigende Verbrauchs- und Erzeugungszahlen aufweist. Für das Jahr 1931 wird die Erzeugung von Kunstseide auf zirka 215 Millionen Kilogramm geschätzt, der Verbrauch auf 217 Millionen Kilogramm, so daß der Verbrauch in der ganzen Welt größer gewesen ist als die Erzeugung.

Kunstseide-Verbrauch in Millionen Kilogramm:

	1. Halbjahr 1932	2. Halbjahr 1931
USA	23,60	31,80
Italien	6,20	6,80
Großbritannien	15,80	11,30
Japan	13,50	10,50
Deutschland	13,90	14,20
Frankreich	5,20	5,40
Holland	0,60	0,70
Schweiz	1,40	1,00
Belgien	1,10	1,30
Sonstige Länder	20,90	18,60
Welt-Kunstseide-Verbrauch	102,20	101,60

Nach englischen Berechnungen zeigt der Kunstseidehandel in der seitherigen Entwicklung des Jahres 1932 die Neigung, sich weiter auszudehnen. Im dritten Quartal d. J. hat ein neuer Aufschwung in der internationalen Kunstseideindustrie eingesetzt.

Ausfuhr und Einfuhr in 1000 Kilogramm:

	1931	1932	1931	1932
1. Quartal, monatlich	454,8	424,2	748,9	928,7
April	616,4	395,8	1207,7	891,4
Mai	588,6	524,3	1289,8	797,5
Juni	520,9	557,9	1374,4	964,3
Juli	492,2	606,3	1265,6	795,8

Schon seit langem versucht die Kunstseideindustrie in allen Ländern den mörderischen Konkurrenzkampf durch großzügige Vereinbarungen über Preisgestaltung und Absatz durch internationale Vereinbarungen auszuweichen. Das ist zum Teil gelungen, und zwar in Deutschland durch Bildung des Kunstseidesyndikats.

Papier-Industrie

Ausperrung in der Papierfabrik Hermes in Düsseldorf.

Im vorigen Jahre wurde in der Papierfabrik Hermes die Akkord- und Prämienarbeit abgeschafft und ein betriebliches Abkommen dahin getroffen, daß die Arbeiterschaft unter Aufrechterhaltung der Akkord- und Prämienarbeitsleistungen für die entgangenen Akkord- und Prämienverdienste eine außer-tarifliche Zulage von 6 Prozent erhalten solle.

Den Machthabern dieser Firma genügten die Steuer-geschenke und Lohnabbaumaßnahmen der Papen-Notverordnung noch nicht, sie verlangten außerdem von ihrer Arbeiterschaft den Abbau aller übertariflichen Zulagen, selbstverständlich unter Aufrechterhaltung der durch Akkord- und Prämien-system hochgezüchteten Produktionsleistung.

Die Forderungen wurden ausgerechnet in dem Moment erhoben, in dem die wirtschaftliche Organisation der Packpapierfabrikanten, zu der auch die Firma Hermes gehört, eine Erhöhung der Packpapierpreise um 10 Prozent und darüber ihrer Kundschaft diktierte.

Da die Kollegenchaft der Firma Hermes diesen Lohnabbau nicht freiwillig annehmen wollte, schritt die Firma zur Ausperrung. Sie kündigte ihrer gesamten Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis zum 3. Oktober 1932, allerdings in der Hoffnung, daß die Arbeiter des Betriebes, um Beschäftigung stehend, am 4. Oktober im Betriebe wieder ange-krochen kamen.

Bedauerlicherweise versucht die kommunistische Partei auch diesen Kampf zu einem politischen Geschäftchen auszunutzen. In der von unserer Zahlstelle einberufenen Betriebsversammlung, die von 320 Angehörigen des Betriebes besucht war und zu den Maßnahmen der Firma Stellung nahm, hatten sich auch betriebsfremde Vertreter der KPD, der NSD. und der kommunistischen Internationalen Arbeiter-hilfe eingeschlichen, um mit ihrem Geschimpfe über die Gewerkschaften — nicht etwa über die Firma Hermes — die Einheitsfront der kämpfenden Papierarbeiter zu „sördern“.

Als am 3. Oktober die Arbeiterschaft solidarisch die Auf-nahme der Arbeit zu den Diktatlohnen der Firma Hermes verweigerte, brach damit auch die Hoffnung der Firma, daß sich ihre Arbeiter als Streikbrecher massenhaft einstellen, zu-sammen. Sie ersuchte deshalb durch den Arbeitgeberverband um Verhandlungen. Auf Grund dieser Verhandlungen bleiben die bisherigen Löhne be-stehen, doch soll über die Wiedereinführung von Akkord-prämienfragen verhandelt werden.

Die kommunistische NSD. mit ihren zwei unentwegten Mitgliedern hatte bereits Wände und Straßenpflaster im Hafenviertel mit ihren Streikparolen beschmierigen lassen, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob sie die Führung des Abwehrkampfes in den Händen habe.

Unilin Roman von Fritz Molinar

begangen haben, jeder selbst es ein. Wie gut könnten wir jetzt das Geld gebrauchen! „Ja, nun kommt ihr und kräftigt. Wißt ihr noch, wie wir es euch sagten, der Gohler, der Hollreb und ich? Kollegen, hab ich gesagt, sagt ich, geht in den Verband, ihr stärkt damit die Organi-sation, kämpft mit uns, damit wir den Chemieberonnen zeigen tan, daß es noch Gewerkschaften gibt, die unsere Forderungen ver-treten tan. Kollegen, hab ich gesagt, alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will. Jetzt hat sie der starke Arm der Kapita-listen für uns stillgelegt.“

Ich hab aber den falschen Weg ein, fiel ins Extrem nach rechts. Er wurde fahrig. Die meisten Fabrikräume fanden still, die Maschinen rosteten, Kessel und Wännen waren leer. Es war, als ob sie fravrig und betrübt wären, als ob es ihnen unfagbar weh wäre, weil die alten Arbeitskollegen fortgeschickt wurden und sie die Fabrik allein zurückließen. Nachts knisterte es oft zwischen den Kesseln, den morschen Wännen, den rostigen Wellen und Transmissionsen, den müden Stahlrollen der einstigen Lenkmaschine wie mühsam unterdrücktes Schluchzen. Es war die freie Arbeit, die da unter den Fängen der Rationalisierungsprelle ächzte und lächnte.

Unfalltote in der Stärkeindustrie.

Nach dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärkeindustrie für das Jahr 1931 gehörten zu der B.G. 8995 Betriebe (91000*), in denen 771 913 (72 837) Versicherte beschäftigt waren.

Im Berichtsjahre wurden bei der B.G. 4620 (5117) Betriebsunfälle gemeldet. 10 (14) Unfälle hatten den Tod zur Folge, 315 (309) Unfälle wurden als entschädigungspflichtig anerkannt.

Die regelmäßigen Unfalluntersuchungen der technischen Aufsichtsbereiche in den Betrieben haben wie in den Vorjahren ergeben, daß mangelhafter Zustand von Maschinen und Betriebs-

Weiter heißt es, daß Leichsinn, Nachlässigkeit, Fatalismus, Übermut, Neigung zur Spielerei, Gewöhnung an die Gefahr, Neugierde, Kraftmeierei und Wagemut oft zu Unfällen Veranlassung geben, da diese Eigenschaften vielen Menschen eigen sind.

Die Berufsgenossenschaft umfaßt vorwiegend Kleinbetriebe. Die technischen Aufsichtsbereiche anderer Berufsgenossenschaften klagen aber nun gerade darüber, daß der Unfalltote in den kleinen Betrieben recht mangelhaft ausgebildet ist.

Trotzdem richten wir an unsere Kollegen die dringende Bitte, den Unfallgefahren die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Der ältere Kollege muß hier auf Grund seiner Erfahrung den jüngeren Kollegen anshören.

Auf einzelne Unfälle und ihre Ursachen einzugehen, müssen wir wegen Raummangels verzichten. Einen Gesamtüberblick über die Unfälle bei den einzelnen Betriebsvorgängen bzw. -einrichtungen gibt folgende Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Betriebsvorgänge, gemeldeten, Zahl der Unfälle, tödlichen. Rows include: Kraftfahrzeuganlagen, Arbeitsmaschinen, Fördermaschinen und -einrichtungen, Transport, Behälter für verflüss. u. verdichtete Gase, Schweiß- und Schneidmaschinen, Behälter für brennbare Flüssigkeiten, Feuergefährliche u. w. Stoffe, Zusammenbruch, Einsturz usw., Fall von Personen, Unfall durch Tiere, Handwerkszeug, Auf dem Wege von und zur Arbeit, Verschiedenes, Betriebskrankheiten.

Von den 8995 Betrieben wurden im Berichtsjahre 4544 Betriebe mit 32 418 Beschäftigten revidiert. Das sind 48 Prozent der Betriebe und 46 Prozent der Beschäftigten.

Table with 2 columns: Gegenstand, Anzahl. Rows include: den allgemeinen Maschinenbau, die Vorschriften für Dampfessel, die Vorschriften für elektrische Anlagen, die Vorschriften für bauliche Anlagen, die allgemeinen Betriebsvorschriften.

Außerdem fehlten bzw. waren erneuerungsbedürftig die vorgeschriebenen Plakate in 620 Fällen und das Verbandzeng für die erste Hilfe in 1254 Fällen.

Die größte Zahl der Verstöße wurde bei dem nötigen Maschinenbau festgestellt. Das zeigt davon, daß die Maschinen recht mangelhaft geschäftigt sein mußten.

Die große Zahl der getroffenen Anordnungen zur Durchführung des nötigen Unfalltotes zeigt, daß im Gebiet dieser Berufsgenossenschaft noch sehr viel zu tun übrig ist, um dem Unfalltote die nötige Beachtung zu verschaffen.

* Die Vorjahreszahlen in Klammern.

Jugendbewegung.

Junge Arbeiter auf der Landstraße.

Dem Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zufolge gingen 54 Prozent aller jugendlichen Wanderer wegen schlechter Familienverhältnisse auf die Landstraße.

Jugend hat seelische Gemeinschaft nötig, und gerade, wenn die, wie so oft, daheim fehlt, kann die gewerkschaftliche Jugendgruppe den jungen Menschen der sittliche Halt sein, den sie brauchen.

Das gilt auch für das Land. Der Anteil der Landjugend an den Wanderern der Landstraße ist von 24 Prozent 1928 auf 50 Prozent im Jahre 1930 gestiegen!

Besonders viel Ausgelernte waren unter diesen jugendlichen zu finden, weil sie im Wirtschaftsleben heute am schwersten unterkommen.

Die Dauer der Wanderschaft ist im Winter natürlich kürzer als im Sommer. Aber 18,8 Prozent waren 7-12 Monate unterwegs, 8,3 Prozent über ein Jahr!

Nur in einer Gruppe ist ein Sinken der Glanzzahlen festzustellen. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten sank nämlich in einem Jahre um fast die Hälfte. Wie kommt das? Kommt hierin vielleicht der Ausbau der gewerkschaftlichen Jugendarbeit schon praktisch zum Ausdruck?

Aber eine Million männliche jugendliche Arbeitslose.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat am 30. Juli 1932 eine Sondererhebung über die Arbeitslosigkeit der männlichen Jugend durchgeführt. In diesem Lage waren bei den Arbeitsämtern 1 036 696 männliche jugendliche Erwerbslose von 18 bis 25 Jahren gemeldet.

Genossenschaftsbewegung.

Die Preisentwicklung bei den Konsumgenossenschaften.

Die Ermittlungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine über die Preise von 23 Bedarfsartikeln in 33 Städten ergaben für den 20. Juli 1932 folgendes Bild: Preis bei den Konsumgenossenschaften: 21,50 Mk. Preis im gesamten Einzelhandel nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts: 22,54 Mk.

Berichte aus den Zahlstellen.

Groß-Rhaden. Die Zahlstelle Rhaden veranstaltete am 10. September eine Mitgliederversammlung, verbunden mit der Ehrung eines Jubilars, des Kollegen Karl Fricke. Der Zahlstellenleiter, Kollege Bodenfein, hieß die Mitglieder willkommen und begrüßte die Jubilare.

Stundschau.

Die grundsätzliche „neue“ Staatsführung.

Sie unternahm einen gewaltigen Vorstoß am 20. Juli, als sie tüchtige republikanische Staatsmänner und Beamte aus ihren Stellungen „entfernen“ ließ und dafür in den meisten Fällen Aristokraten einsetzte. Die „Umbelegung“ geht jetzt weiter. Das Kabinett der Barone hat durch seine Filiale in Preußen einen ungewöhnlich umfangreichen Beamtensturz vorzunehmen lassen.

Die „preussische“ Katastrophe.

Es ist nicht leicht, zu regieren. Wer es noch nicht gewagt hat, siehe sich die neueste List des Vertreters des Reichskommissars für die diesjährige Badeferien-Polizeiverordnung. Sie kam für die guten Willen gesten lassen. In den beiden entscheidenden Absätzen heißt es:

2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einem Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt

sowie mit angechnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenanschnitt des Badeanzugs darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen.

3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angechnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen.

Das wird eine schöne Zwickel werden. Jetzt wird es Hochkonjunktur für Kontrolleure à la „Meyerfrisch“, die prüfen müssen, ob alles „fest anliegt“, und ob der Zwickel an der richtigen Stelle sitzt und groß genug ist.

Geschäftsnationalsozialismus.

Ein württembergischer Konsumverein erhielt unlängst von einem Kassermeister in Kirchheim (Teck) ein Schnapsangebot. Als dieses abgelehnt wurde, schrieb der biedere Meister einen ärgerlichen Brief, worin u. a. zu lesen war: Nun wisse man wenigstens, woran man sei - Deutschland erwache! Hätte also der Konsumverein dem Meister Schnaps abgekauft, dann hätte Deutschland ruhig weiter-schlafen können.

Agitationsarbeit bringt Erfolg!

Trotz R.O.-Heße und Papen-Notverordnung ist das Werbeergebnis für das dritte Quartal 1932 in der Zahlstelle Köln als befriedigend zu bezeichnen. Es wurden erzielt:

Table with 2 columns: Monat, Anzahl Aufnahmen. Rows include: im Monat Juli (70), im Monat August (74), im Monat September (124).

Insgesamt 268 Aufnahmen

Es wird weiter gearbeitet - trotz aller Widerstände. Uns kann kein Papen und keine R.O. besiegen.

Wir arbeiten - und wir haben Erfolg!

Daß beharrliche, die gegebenen Möglichkeiten zur Gewinnung neuer Mitglieder klug auszunutzende Werbearbeit ohne Erfolg bleibt, beweist sich immer aufs neue. In der Zahlstelle Chemnitz gelang es den unermüdblichen Werbemännern, im Juli 10, im August neun und im September

58 neue Mitglieder

zu gewinnen. Bravo, Chemnitz! Nur weiter so!

In die Reihe der Zahlstellen, die über beachtenswerte Erfolge in der Werbearbeit berichten können, stellt sich nun auch Uckermark. Im August und September wurden

46 neue Mitglieder

gewonnen, davon 36 allein im September. Unsere Anerkennung den geschickten und unermüdblichen Werbemännern, die trotz Krise und Reaktion so schöne Erfolge erzielt!

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingekandt:

- Gau 1: Gr.-Häuslingen, Gr.-Rhaden, Bielefeld, Fürstberg, Lachendorf, Minden, Osnabrück, Stadthagen, Alzen, Visselhövede, Walzrode.
Gau 2: Bernburg, Elbingerode, Calbe, Cöthen, Staffurt, Stendal-Langermünde, Lützen, Burg, Genthin, Harzgerode, Helmstedt, Hornburg, Klöße, Königslutter, Roswig, Wustrow.
Gau 3: Baruth, Brandenburg, Gr.-Beffen, Cottbus, Mäncheberg, Neuruppin, Oberberg, Deutsch-Krone, Finow, Gransee, Guben, Havelberg, Herzfelde, Landsberg, Nauen, Oranienburg, Potsdam, Rathenow, Sommerfeld, Tschpin, Trebbin, Vordamm, Jechenick.
Gau 4: Lauenburg, Lebbin, Lübz, Pritz, Rostock, Greifenberg, Greifenhagen, Grevesmühlen, Güstrow, Hagenow, Hohenkrug-Buchholz, Neubrandenburg, Plathe, Schwerin, Stargard, Uckermark, Wismar.
Gau 5: Litzsch.
Gau 6: Münsferberg, Ratibor.
Gau 7: Chemnitz, Lausitz, Radeberg, Schwepnitz, Wurzen, Ottendorf-Okrilla, Plauen, Radeburg, Riesa.
Gau 8: Eisenberg, Erfurt, Greußen, Lannroda, Artern, Umma, Ellrich, Jena, Niedersachswerfen, Stadtlengsfeld, Triptis, Wallhausen.
Gau 9: Aschaffenburg, Fürth, Hof, Selb, Erlangen, Lohr, Mitterteich, Schweinfurt.
Gau 10: Bruckmühl, Mainburg, Miesbach.
Gau 11: Balingen.
Gau 12: Eisenberg, Lodenburg.
Gau 13: Hanau.
Gau 14: Bonn, Aachen, Wendorf, Kreuznach, Leberkußen.
Gau 15: Brunsbüttelkoog, Lübeck, Marne, Oldenburg, Brake, Estfeth, Flensburg, Lauenburg.
Gau 16: Dahlhausen, Essen, Ranzel, Recklinghausen, Wuppertal.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Elfterwerda: Albin Mäfer, Buch-Nr. 43 039.

Literarisches.

„Industrielle Arbeitsordnung“. Erna Richei, der Leiter der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., unternahm in dieser interessanten Schrift den Versuch, eine neue industrielle Arbeitsordnung zu beschreiben. Er stellt fest, daß der Mensch die innere Verbindung mit der Arbeit verloren habe.

Hans Wirth: „Zerbroch die Krücken!“ Kräfteprobleme der Menschheit. Schicksalskinder aller Völker und Zeiten in Wort und Bild. 400 Seiten mit 81 Abbildungen im Text und drei mehrfarbigen Tafeln. Leipzig 1932, Leopold Voss, Leipzig, 6,40 Mk., geb. 7,20 Mk. Ein einzigartiges Buch, das mit seiner Fülle von Material wie kaum ein anderes Werk geeignet ist, die mit körperlichen Gebrechen Geplagten mit neuem Lebensmut zu erfüllen.

Hans Wirth: „Obelbes Unwohl und Welken im Spiegel der Kräftepsychologie“. L. Ergänzungsbuch zu dem Hauptwerk „Zerbroch die Krücken!“. Verlag Leopold Voss, Leipzig.